

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1986

Ausgegeben am 16. Oktober 1986

222. Stück

538. Kundmachung: Geltungsbereich des Übereinkommens über die Erhaltung der europäischen wildlebenden Pflanzen und Tiere und ihrer natürlichen Lebensräume
539. Vereinbarung zur Ergänzung des Vertrages zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland über zoll- und paßrechtliche Fragen, die sich an der österreichisch-deutschen Grenze bei Grenzbauwerken ergeben
540. Vereinbarung zwischen dem Bundesminister für Verkehr der Bundesrepublik Deutschland und dem Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr der Republik Österreich nach Rn. 2010 des ADR über die Beförderung von Diperoxydodecandisäure, 42% (DPDDA)

538. Kundmachung des Bundeskanzlers vom 30. September 1986 betreffend den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Erhaltung der europäischen wildlebenden Pflanzen und Tiere und ihrer natürlichen Lebensräume

Nach Mitteilungen des Generalsekretärs des Europarats haben folgende weitere Staaten ihre Ratifikationsurkunden zum Übereinkommen über die Erhaltung der europäischen wildlebenden Pflanzen und Tiere und ihrer natürlichen Lebensräume (BGBl. Nr. 372/1983) hinterlegt:

Staaten:	Datum der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde:
Bundesrepublik Deutschland	13. Dezember 1984
Finnland	9. Dezember 1985
Griechenland	13. Juni 1983
Norwegen	27. Mai 1986
Schweden	14. Juni 1983
Spanien	27. Mai 1986
Türkei	2. Mai 1984

Die nachstehend angeführten Staaten haben anlässlich der Hinterlegung ihrer Ratifikationsurkunden folgende Vorbehalte erklärt bzw. Erklärungen abgegeben:

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Der Ständige Vertreter erklärt im Namen seiner Regierung, daß dieses Übereinkommen mit Wirkung des Tages, an dem es für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, auch für das Land Berlin gilt.

FINNLAND

„In Übereinstimmung mit Art. 22 Abs. 1 legt Finnland einen Vorbehalt in bezug auf folgende in den Anhängen II und III aufgeführte Arten ein:

Anhang II

Canis lupus
Ursus arctor
Accipiter gentilis

Anhang III

Microtus ratticeps
Vipera berus.“

NORWEGEN

„Bezüglich der in Anhang IV aufgeführten Verbote wird hinsichtlich der Verwendung halbautomatischer Waffen, deren Magazin mehr als zwei Patronen aufnehmen kann, für die Jagd auf die folgenden in Anhang III aufgeführten Arten ein Vorbehalt gemacht: Rothirsch (*Cervus elaphus*), Reh (*Capreolus capreolus*), Elch (*Alces alces*).

Dieser Vorbehalt gilt weiters für die Verwendung halbautomatischer Waffen für den im Einklang mit den norwegischen Gesetzen und Vorschriften durchgeführten Robben- und Walfang.

In Übereinstimmung mit Artikel 21 Absatz 1 findet dieses Übereinkommen auf das kontinentale Hoheitsgebiet des Königreiches Anwendung.

Bezüglich der beiden Hoheitsgebiete des Königreiches, Svalbard und Jan Mayen, wird die Regierung von Norwegen im Einklang mit diesem Übereinkommen mit einem Vorbehalt bezüglich der Erhaltung und der Hege und Nutzung der Population des arktischen Fuchses (*Alopex lagopus*) in Svalbard die nationale Politik zur Erhaltung wildlebender Pflanzen und Tiere sowie ihrer natürlichen Lebensräume fördern.

Die Regierung von Norwegen verpflichtet sich, ihre Bemühungen um den Schutz der in den Anhängen II und III aufgeführten wandernden Arten, deren Verbreitungsgebiet bis Svalbard oder Jan Mayen reicht, mit den Bemühungen anderer Vertragsparteien auf der Grundlage der Zusammenarbeit zu koordinieren.

Die Regierung von Norwegen bestätigt, daß nichts in dem Übereinkommen über die Erhaltung der europäischen wildlebenden Pflanzen und Tiere und ihrer natürlichen Lebensräume Norwegens Verpflichtungen gegenüber in bereits bestehenden internationalen Übereinkünften enthaltenen Bestimmungen bzw. bereits angenommenen — oder noch anzunehmenden — Beschlüssen beeinträchtigt.“

SPANIEN

„1. Vorbehalt bezüglich der in Anhang IV aufgeführten verbotenen Mittel und Methoden des Tötens: ein Vorbehalt wird für die Dauer von drei Jahren bezüglich des Verbotes der Verwendung automatischer oder halbautomatischer Waffen, deren Magazin mehr als zwei Patronen aufnehmen kann, sowohl hinsichtlich des Tötens von Säugetieren als auch von Vögeln gemacht.

2. Bezüglich der in Anhang II als „streng geschützte Tierarten“ aufgeführten Tierarten „*Canis lupus*“, „*Sturnus unicolor*“, „*Lacerta lepida*“ und „*Vipera latastei*“, „*Carduelis carduelis*“, „*Carduelis chloris*“, „*Carduelis cannabina*“ und „*Serinus serinus*“ wird ein Vorbehalt gemacht. Diese Tierarten werden in Spanien als „geschützte Tierarten“ gelten, die jene Art des Schutzes genießen, die im Übereinkommen für die in Anhang III aufgeführten Arten vorgesehen ist.“

TÜRKEI

„A — MAMMALS/MAMMIFERES/SÄUGETIERE

RODENTIA

Sciuridae

Citellus citellus

CARNIVORA

Canidae

Canis lupus

Ursidae

all species/toutes les espèces

ARTIODACTYLA

Bovidae

Capra aegagrus

Suidae

Sus scrofa meridionalis

B — BIRDS/OISEAUX/VÖGEL

ANSERIFORMES

Anatidae

Anser erythropus

Tadorna tadorna

Tardona ferruginea

Oxyura leucocephala

CHARADRIIFORMES

Scolopacidae

Gallinago media

COLUMBIFORMES

Pteroclididae

Pterocles alchata

Pterocles orientalis

C — REPTILES/REPTILIEN

TESTUDINES

Testudinidae

Testudo hermanni

Testudo graeca

Testudo marginata

D — AMPHIBIANS/AMPHIBIENS/LURCHE

ANURA

Ranidae

Rana arvalis

Rana dalmatina

Rana latastei

Verbotene Mittel und Methoden des Tötens, Fangens und anderer Formen der Nutzung:

Säugetiere:

Halbautomatische oder automatische Waffen, deren Magazin mehr als zwei Patronen aufnehmen kann.“

Vranitzky

539. Vereinbarung zur Ergänzung des Vertrages vom 31. Mai 1967 zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland über zoll- und paßrechtliche Fragen, die sich an der österreichisch-deutschen Grenze bei Grenzbauwerken ergeben

Der Botschafter
der Bundesrepublik Deutschland

Wien, den 10. Oktober 1985

Herr Bundesminister,

ich beehre mich, Ihnen im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland unter Bezugnahme auf Artikel 1 Absatz 3 des Vertrags vom 31. Mai 1967 *) in der Fassung des Vertrags vom 27. April 1983 zur Änderung des Vertrags vom 31. Mai 1967 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich über zoll- und paßrechtliche Fragen, die sich an der deutsch-österreichischen Grenze bei Grenzbauwerken ergeben **), folgende Vereinbarung vorzuschlagen:

*) Kundgemacht in BGBl. Nr. 339/1970

**) Kundgemacht in BGBl. Nr. 12/1985

Das Verzeichnis der Grenzbrücken (Abschnitt II der Anlage I zum Vertrag) wird wie folgt ergänzt:

Nach der Grenzbrücke unter Nr. 40 wird aufgenommen:

„40 a. Brücke über den Steinbach an der Bundesstraße Melleck—Lofer bei Grenzstein 182/9.“

Falls sich die Österreichische Bundesregierung mit diesem Vorschlag einverstanden erklärt, schlage ich vor, daß diese Note und die entsprechende Antwortnote Eurer Exzellenz eine Vereinbarung zwischen unseren beiden Regierungen bilden, die am ersten Tag des dritten Monats in Kraft tritt, der auf jenen Monat folgt, in dem die Regierungen einander mitgeteilt haben, daß die jeweiligen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind.

Genehmigen Sie, Herr Bundesminister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Hans Heinrich Noebel m. p.

Seiner Exzellenz
dem Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten
der Republik Österreich
Herrn Leopold GRATZ
Wien

Der Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten

Wien, am 10. Oktober 1985

Herr Botschafter!

Ich beehre mich, den Empfang Ihrer Note vom 10. Oktober 1985 zu bestätigen, die folgenden Wortlaut hat:

„Ich beehre mich, . . . (es folgt der weitere Text der Eröffnungsnote) . . . Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind.“

Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, daß die Österreichische Bundesregierung damit einverstanden ist, daß Ihre Note und diese Antwortnote eine Vereinbarung unserer beiden Regierungen bilden, die am ersten Tag des dritten Monats in Kraft tritt, der auf jenen Monat folgt, in dem die Regierungen einander mitgeteilt haben, daß die jeweiligen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind.

Empfangen Sie, Herr Botschafter, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Leopold Gratz m. p.

Seiner Exzellenz
dem Botschafter
der Bundesrepublik Deutschland
Herrn Hans Heinrich NOEBEL
Wien

Die Vereinbarung tritt am 1. Dezember 1986 in Kraft.

Vranitzky

540.

(Übersetzung)

ACCORD

entre le Ministre Fédéral des Transports de la République Fédérale d'Allemagne et le Ministre Fédéral de l'Economie Publique et des Transports de la République d'Autriche au titre du marginal 2010 relatif au transport d'acide diperoxydodécane dioïque, 42 % (DPDDA)

(1) Par dérogation aux prescriptions des marginaux 2550 et 2551 de l'annexe A de l'ADR l'acide diperoxydodécane dioïque ayant une teneur de 42 % au plus et de 56 % de sulfate de sodium (DPDDA, 42 %) peut être transporté par route en tant que matière de la classe 5.2 de l'annexe A de l'ADR dans les conditions suivantes:

1. Emballage

1.1 Emballages combinées

1.1.1 Emballages intérieures admissibles d'un poids de remplissage maximal admissible par emballage intérieur:

- sachet en tissu de plastique ou en film de plastique (5 kg),

VEREINBARUNG

zwischen dem Bundesminister für Verkehr der Bundesrepublik Deutschland und dem Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr der Republik Österreich nach Rn. 2010 des ADR über die Beförderung von Diperoxydodecandisäure, 42 % (DPDDA)

(1) Abweichend von Rn. 2550 und 2551 der Anlage A des ADR darf Diperoxydodecandisäure, höchstens 42 % mit mindestens 56 % Natriumsulfat (DPDDA, 42 %), als Stoff der Klasse 5.2 der Anlage A des ADR unter folgenden Bedingungen im Straßenverkehr befördert werden:

1. Verpackung

1.1 Zusammengesetzte Verpackungen

1.1.1 Zulässige Innenverpackungen mit einem höchstzulässigen Füllgewicht je Innenverpackung:

- Beutel aus Kunststoffgewebe oder Kunststoffolie (5 kg),

- boîtes, boîtes pliantes ou caisses en plastique (10 kg),
- récipients (p.ex. bouteilles) en plastique (30 kg),
- sacs en tissu de plastique ou en film de plastique (50 kg).

1.1.2 Emballages extérieures admissibles

- caisses en bois naturel (type 4C1 ou 4C2),
- caisses en contre-plaqué (type 4D),
- caisses en bois reconstitué (type 4F),
- caisses en carton (type 4G),
- caisses en contre-plaqué (type 1D),
- caisses en carton (type 1G).

1.2 Emballages composites (matière plastique) avec récipients intérieurs en plastique et

- un emballage protecteur en forme de fûts en contre-plaqué (type 6HD1),
- un emballage protecteur en forme de fûts en carton ou (type 6HG1),
- un emballage protecteur en forme de caisses en carton (type 6HG2).

2. Epreuve sur le type de construction

La qualification des emballages (avec emballage intérieur) doit être prouvée par une épreuve sur le type de construction effectuée selon les prescriptions visées à l'appendice A.5 de l'annexe A de l'ADR par un organisme agréé au pays expéditeur. Sont applicables les conditions relatives aux matières du groupe d'emballage II.

3. Agrément et marquage

- 3.1 Le type de construction de l'emballage extérieur selon point 1.1.2 ci-dessus et des emballages selon point 1.2 ci-dessus doit être agréé selon les prescriptions de l'appendice A.5 de l'annexe A de l'ADR.
- 3.2 Chaque emballage (extérieur) fabriqué conformément au type de construction agréé doit être marqué selon les prescriptions visées à l'appendice A.5.
4. Autres prescriptions
 - 4.1 Chaque colis ne doit pas renfermer plus de 50 kg de la matière.
 - 4.2 La température de transport maximale admissible visée au marginal 52 105 de l'annexe B de l'ADR sera de + 40 °C. Cette température ne doit pas être dépassée.
 - 4.3 Conformément aux dispositions du marginal 52 401 de l'annexe A de l'ADR une même unité de transport ne doit pas transportée plus de 10 000 kg.
 - 4.4 La quantité limite dans le sens du marginal 52 321 de l'annexe B de l'ADR sera de 2 000 kg.

- Dosen, Faltschachteln oder Kisten aus Kunststoff (10 kg),
- Gefäße zB Flaschen aus Kunststoff (30 kg),
- Säcke aus Kunststoffgewebe oder Kunststoffolie (50 kg).

1.1.2 Zulässige Außenverpackungen

- Kisten aus Naturholz (Typ 4C1 oder 4C2),
- Kisten aus Sperrholz (Typ 4D),
- Kisten aus Holzfaserverwerkstoff (Typ 4F),
- Kisten aus Pappe (Typ 4G),
- Fässer aus Sperrholz (Typ 1D),
- Fässer aus Pappe (Typ 1G).

1.2 Kombinationsverpackungen (Kunststoff) mit Innengefäßen aus Kunststoff und

- einer faßförmigen Schutzverpackung aus Sperrholz (Typ 6HD1),
- einer faßförmigen Schutzverpackung aus Pappe oder (Typ 6HG1),
- einer Schutzverpackung aus Pappe in Kistenform (Typ 6HG2).

2. Baumusterprüfung

Die Eignung der Verpackungen (mit Innenverpackung) muß durch eine Baumusterprüfung nach den Vorschriften des Anhangs A.5 zur Anlage A des ADR bei einer im Versandland behördlich anerkannten Prüfanstalt/Prüfstelle nachgewiesen sein. Es sind die Bestimmungen für Stoffe der Verpackungsgruppe II anzuwenden.

3. Zulassung und Kennzeichnung

- 3.1 Die Bauart der Außenverpackung gem. Ziffer 1.1.2 und der Verpackungen gem. Ziffer 1.2 muß nach den Vorschriften des Anhangs A.5 zur Anlage A des ADR zugelassen sein.
- 3.2 Jede aufgrund der zugelassenen Bauart hergestellte (Außen-)Verpackung muß nach den Vorschriften des Anhangs A.5 gekennzeichnet sein.

4. Sonstige Vorschriften

- 4.1 Ein Versandstück darf nicht mehr als 50 kg des Stoffes enthalten.
- 4.2 Die höchstzulässige Beförderungstemperatur im Sinne von Rn. 52 105 der Anlage B zum ADR beträgt + 40 °C. Sie darf nicht überschritten werden.
- 4.3 In einer Beförderungseinheit dürfen entsprechend der Rn. 52 401 der Anlage A zum ADR nicht mehr als 10 000 kg befördert werden.
- 4.4 Die Grenzmenge im Sinne von Rn. 52 321 der Anlage B zum ADR beträgt 2 000 kg.

4.5 Chaque récipient doit être pourvu de deux étiquettes conformes au modèle no. 5 de l'appendice A.9 de l'annexe A de l'ADR.

4.6 Les autres prescriptions applicables au peroxyde organique du groupe E de la classe 5.2 sont applicables par analogie.

(2) L'expéditeur devra porter dans le document de transport la mention supplémentaire suivante: «Transport convenu aux termes du marginal 2010 de l'ADR.»

(3) Le présent accord s'applique jusqu'à sa révocation par une des parties contractantes aux transports effectués entre la République fédérale d'Allemagne et l'Autriche.

Vienne, le 5. 9. 1986

Pour le Ministre Fédéral de l'Economie Publique et des Transports de la République d'Autriche:

Berger

Bonn, le 3. 4. 1986

L'Autorité compétente pour l'ADR de la République fédérale d'Allemagne:

Pour le Ministre fédéral des Transports:

Bredemeier

4.5 Jedes Versandstück ist mit zwei Zetteln nach Muster 5 des Anhangs A.9 zur Anlage A des ADR zu versehen.

4.6 Die übrigen für organische Peroxide der Gruppe E der Klasse 5.2 geltenden Vorschriften sind entsprechend anzuwenden.

(2) Im Beförderungspapier hat der Absender zusätzlich zu vermerken: „Beförderung vereinbart nach Rn. 2010 des ADR.“

(3) Diese Regelung gilt im Verkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich bis auf Widerruf durch eine der Vertragsparteien.

Wien, den 5. 9. 1986

Für den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr der Republik Österreich:

Berger

Bonn, den 3. 4. 1986

Die für das ADR zuständige Behörde der Bundesrepublik Deutschland:

Der Bundesminister für Verkehr:

Im Auftrag:

Bredemeier

Vranitzky



BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Der Bezugspreis des Bundesgesetzblattes für die Republik Österreich beträgt vorbehaltlich allfälliger Preiserhöhungen infolge unvorhergesehener Steigerung der Herstellungskosten bis zu einem Jahresumfang von 2000 Seiten S.804,— inklusive 10% Umsatzsteuer für Inlands- und S.904,— für Auslandsabonnements. Für den Fall, daß dieser Umfang überschritten wird, bleibt für den Mehrumfang eine entsprechende Neuberechnung vorbehalten. Der Bezugspreis kann auch in zwei gleichen Teilbeträgen zum 1. Jänner und 1. Juli entrichtet werden.

Einzelne Stücke des Bundesgesetzblattes sind erhältlich gegen Entrichtung des Verkaufspreises von S.1,50 inklusive 10% Umsatzsteuer für das Blatt = 2 Seiten, jedoch mindestens S.8,50 inklusive 10% Umsatzsteuer für das Stück, im Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei, 1037 Wien, Rennweg 12 a, Tel. 78 76 31—39/295 oder 327 Durchwahl, sowie bei der Manz'schen Verlags- und Universitätsbuchhandlung, 1010 Wien, Kohlmarkt 16, Tel. 63 17 85.

Bezugsanmeldungen werden von der Abonnementstelle des Verlages der Österreichischen Staatsdruckerei, 1037 Wien, Rennweg 12 a, Tel. 78 76 31—39/294 Durchwahl, entgegengenommen.

Als Bezugsanmeldung gilt auch die Überweisung des Bezugspreises oder seines ersten Teilbetrages auf das Postscheckkonto Wien Nr. 7272.800. Die Bezugsanmeldung gilt bis zu einem allfälligen schriftlichen Widerruf. Der Widerruf ist nur mit Wirkung für das Ende des Kalenderjahres möglich. Er muß, um wirksam zu sein, spätestens am 15. Dezember bei der Abonnementstelle des Verlages der Österreichischen Staatsdruckerei, 1037 Wien, Rennweg 12 a, einlangen.

Die **Zustellung** des Bundesgesetzblattes erfolgt erst nach Entrichtung des Bezugspreises. Die Bezieher werden, um keine Verzögerung in der Zustellung eintreten zu lassen, eingeladen, den Bezugspreis umgehend zu überweisen.

Ersätze für abgängige oder mangelhaft zugekommene Stücke des Bundesgesetzblattes sind binnen drei Monaten nach dem Erscheinen unmittelbar bei der Abonnementstelle des Verlages der Österreichischen Staatsdruckerei, 1037 Wien, Rennweg 12 a, Tel. 78 76 31—39/294 Durchwahl, anzufordern. Nach Ablauf dieses Zeitraumes werden Stücke des Bundesgesetzblattes ausnahmslos nur gegen Entrichtung des Verkaufspreises abgegeben.